



## Beschluss des Stadtrats

vom 18. Dezember 2024

GR Nr. 2024/361

### Nr. 4003/2024

#### **Interpellation von Samuel Balsiger und Johann Widmer betreffend Klimaschutzplan der Stadt, Anteil des städtischen CO<sub>2</sub>-Ausstosses am weltweiten Ausstoss, Vergleiche mit dem Ausstoss des Staats China, Aufschlüsselung der Kosten für die städtischen Klimamassnahmen, Ausmass und Ausgleich der verbleibenden unvermeidbaren Emissionen sowie Einordnung der aktuellen 2000-Watt-Bilanz**

Am 10. Juli 2024 reichten die Mitglieder des Gemeinderats Samuel Balsiger und Johann Widmer (beide SVP) folgende Interpellation, GR Nr. 2024/361, ein:

«Der Klimawandel ist eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit. Seine Folgen machen sich auch in der Stadt Zürich bemerkbar. Um die Erderwärmung deutlich abzuschwächen, müssen wir handeln.» Dies schreibt die Stadtverwaltung.

Im November 2023 hat die Stadtverwaltung deshalb den sogenannten Klimaschutzplan vorgestellt. Darin steht: «Netto-Null» bedeutet, dass die Stadt ihre direkten Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2040 so weit wie möglich reduziert und die verbleibenden unvermeidbaren Emissionen durch negative Emissionen auf <netto null> ausgleicht.»

Gemäss der Stadtverwaltung werden die Massnahmen auf dem Stadtgebiet, um «die Erderwärmung deutlich abzuschwächen», pro Jahr rund 500 Millionen Franken kosten. Gesamt fallen also für die Stadt Zürich gigantische Kosten von 12 Milliarden Franken an. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Die Stadtverwaltung will die Erderwärmung mit Massnahmen auf dem Stadtgebiet «deutlich abschwächen». Gemäss «The Global Carbon Project», ein Projekt des World Climate Research Programme (WCRP), stösst die Schweiz jährlich rund, 40 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> aus, was 0,1 Prozent des menschgemachten weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstosses entspricht.  
Wie viel Prozent des weltweiten menschgemachten CO<sub>2</sub>-Ausstosses wurde im Jahr 2019 demnach auf den Zürcher Stadtgebiet verursacht? Waren es 0,001 Prozent?
2. Die Stadt Zürich bezieht sich bei ihren Massnahmen auf das sogenannte Pariser Klimaabkommen. Gemäss diesem muss China als grösster CO<sub>2</sub>-Verursacher aber erst ab 2030 seinen Treibhausgas-Ausstoss senken. Wie viel CO<sub>2</sub> will die Stadt Zürich zwischen 2024 und 2030 einsparen und wie viel CO<sub>2</sub> wird China in diesem Zeitraum zusätzlich und in absoluten Zahlen ausstossen?
3. China stösst per Stand 2019 pro Jahr rund 10 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> aus. Das sind pro Tag rund 28 Millionen Tonnen.
  - 3.1 Wie viel CO<sub>2</sub> werden gemäss dem sogenannten Klimaschutzplan 2023 auf dem Stadtgebiet zwischen 2024 und 2040 eingespart?
  - 3.2 In wie vielen Tagen verursacht China gemäss Stand 2019 die gleiche Menge CO<sub>2</sub>, wie mit dem sogenannten Klimaschutzplan 2023 auf dem Stadtgebiet bis 2040 eingespart werden sollen?
4. Gemäss der Stadtverwaltung kosten die Klimamassnahmen auf dem Stadtgebiet für die Erreichung von «netto null» 500 Millionen Franken pro Jahr und gesamt rund 12 Milliarden Franken.



2/7

- 4.1 Wie setzt sich dieser Betrag zusammen?
- 4.2 Welchen Betrag fällt direkt zulasten der städtischen Ausgaben an und welcher Betrag müssen Private und die Wirtschaft tragen?
- 4.3 Welche Kosten fallen gesamt in den Bereichen Mobilität, Gebäude und Entsorgen an? Wir bitten um eine genaue Aufschlüsselung, getrennt nach städtischen Kosten und Kosten für Private (Privatpersonen und Wirtschaft).
5. Gemäss dem sogenannten Klimaschutzplan sollen die verbleibenden unvermeidbaren Emissionen durch negative Emissionen auf «Netto null» ausgeglichen werden.
  - 5.1 Wie und in welchen Ländern soll diesbezüglich CO<sub>2</sub> der Atmosphäre entzogen und dauerhaft gespeichert werden? Wir bitten um eine Auflistung der geplanten Projekte.
  - 5.2 Welchen Prozentsatz am gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoss dürften die verbleibenden unvermeidbaren Emissionen ausmachen? Wie weit wird die Stadt Zürich also 2040 von einem echten netto null entfernt bleiben?
6. In einer Medienmitteilung von 2017 schrieb der Stadtrat: «Die aktuelle 2000-Watt-Bilanz der Stadt Zürich fällt durchmischt aus.»

Wie ist der aktuelle Stand bei der sogenannten 2000-Watt-Gesellschaft?
7. In der gleichen Medienmitteilung schrieb 2017 der Stadtrat weiter: «Die Roadmap vom März 2017 zeigt aber auf, dass die 2000-Watt-Gesellschaft langfristig möglich ist, wenn wir und andere unsere Anstrengungen intensivieren. Grosses Potenzial für die kommenden Jahre sieht die Stadt Zürich bei der energetischen Sanierung von Gebäuden.»

Wegen dieser Klimapolitik fürchte der Mieterverband Massenkündigungen und massive Preiserhöhungen im Wohnungsmarkt. Der Tages-Anzeiger schreibt: «Auswirkungen auf Mieterinnen und Mieter» stellt die Studie fest, dass rund 80'000 private Mietwohnungen in der Stadt Zürich bis 2040 eine neue Heizanlage brauchen, wenn bis dann das Netto-null-Ziel erreicht sein soll. Bei rund der Hälfte dürfte es zu Leerkündigungen kommen, mit zum Teil starken Mietzinserhöhungen, wie es in der Studie heisst.»

Wie steht der Stadtrat heute zu dieser Studie? Mit wie vielen Leerstandskündigungen rechnet der Stadtrat, wenn rund 80'000 Wohnungen wegen der Klimapolitik saniert werden müssen?

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Die Stimmbevölkerung der Stadt Zürich hat im Mai 2022 die Klimaziele mit 75 Prozent Ja-Stimmen klar unterstützt: Die direkten Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) sollen bis 2040 auf Netto-Null reduziert und die indirekten THG-Emissionen (Scope 2 und 3) um 30 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden. Der Stadtrat ist überzeugt, dass lokal umsetzbare Massnahmen wichtig sind, um seine Verantwortung wahrzunehmen und zur Begrenzung der globalen Erderwärmung beizutragen. Die Stadt Zürich verfolgt das Ziel, lokal vorbildlich zu handeln und durch die Reduktion der eigenen THG-Emissionen auch andere Städte und Gemeinden zu inspirieren. Das entspricht ihrer Verantwortung als urbanes Zentrum und ihrer Verpflichtung gegenüber der Stadtbevölkerung sowie zukünftigen Generationen.

Der Vergleich der THG-Emissionen zwischen der Stadt Zürich und einem Land wie China ist aus Sicht des Stadtrats nicht zielführend. China, als einer der grössten Emittenten weltweit, trägt aufgrund seiner Bevölkerungszahl, Wirtschaftsstruktur und Entwicklungsdynamik eine andere Verantwortung als die Stadt Zürich. Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Handlungsebenen der beiden Akteure erfordern jeweils angepasste Strategien, weshalb ein direkter Vergleich dieser Grössenordnungen die Komplexität der globalen Klimafrage nicht angemessen abbildet.



3/7

Nach diesen einleitenden Bemerkungen können die Fragen wie folgt beantwortet werden:

#### **Frage 1**

**Die Stadtverwaltung will die Erderwärmung mit Massnahmen auf dem Stadtgebiet «deutlich abschwächen». Gemäss «The Global Carbon Project», ein Projekt des World Climate Research Programme (WCRP), stösst die Schweiz jährlich rund, 40 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> aus, was 0,1 Prozent des menschengemachten weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstosses entspricht.**

**Wie viel Prozent des weltweiten menschengemachten CO<sub>2</sub>-Ausstosses wurde im Jahr 2019 demnach auf den Zürcher Stadtgebiet verursacht? Waren es 0,001 Prozent?**

Gemäss dem «Global Carbon Project» wurden 2019 in der Schweiz THG-Emissionen von rund 37 Megatonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten (Mt CO<sub>2</sub>-eq) verursacht, was einem Pro-Kopf-Ausstoss von etwa 4,3 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten (tCO<sub>2</sub>-eq) entspricht. Global gesehen wurden gemäss derselben Quelle rund 37 Gigatonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente (Gt CO<sub>2</sub>-eq) emittiert, was einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausstoss von etwa 4,8 tCO<sub>2</sub>-eq entspricht. Somit wurden rund 0,1 Prozent der globalen THG-Emissionen in der Schweiz emittiert. Gemäss dem Netto-Null-Cockpit<sup>1</sup> der Stadt Zürich wurden auf dem Stadtgebiet Zürichs 2019 rund 1,23 Mt CO<sub>2</sub>-eq emittiert, was einem Anteil von rund 0,003 Prozent der globalen THG-Emissionen und einem Pro-Kopf-Ausstoss von etwa 2,8 tCO<sub>2</sub>-eq entspricht.

#### **Frage 2**

**Die Stadt Zürich bezieht sich bei ihren Massnahmen auf das sogenannte Pariser Klimaabkommen. Gemäss diesem muss China als grösster CO<sub>2</sub>-Verursacher aber erst ab 2030 seinen Treibhausgas-Ausstoss senken. Wie viel CO<sub>2</sub> will die Stadt Zürich zwischen 2024 und 2030 einsparen und wie viel CO<sub>2</sub> wird China in diesem Zeitraum zusätzlich und in absoluten Zahlen ausstossen?**

Im Zeitraum von 2024 bis 2030 werden THG-Emissionen von rund zwei Mt CO<sub>2</sub>-eq auf dem Zürcher Stadtgebiet eingespart. Diese grobe Schätzung basiert auf den Zielsetzungen der im Klimaschutzplan 2024 beschriebenen Massnahmenpakete, der angenommenen Entwicklungen im Umfeld (z. B. Vorschriften im kantonalen Energiegesetz, Trend zur Elektromobilität) und Zahlen aus dem Netto-Null-Cockpit.

Genauere und belastbare Informationen über die zukünftige Entwicklung der THG-Emissionen Chinas liegen dem Stadtrat nicht vor.

#### **Fragen 3.1 und 3.2**

**China stösst per Stand 2019 pro Jahr rund 10 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> aus. Das sind pro Tag rund 28 Millionen Tonnen.**

**Wie viel CO<sub>2</sub> werden gemäss dem sogenannten Klimaschutzplan 2023 auf dem Stadtgebiet zwischen 2024 und 2040 eingespart?**

**In wie vielen Tagen verursacht China gemäss Stand 2019 die gleiche Menge CO<sub>2</sub>, wie mit dem sogenannten Klimaschutzplan 2023 auf dem Stadtgebiet bis 2040 eingespart werden sollen?**

<sup>1</sup> <https://netto-null-cockpit.stadt-zuerich.ch/>



4/7

Gemäss dem Klimaschutzplan 2024 wird auf dem Zürcher Stadtgebiet im Zeitraum von 2024 bis 2040 mit Einsparungen von rund elf Mt CO<sub>2</sub>-eq gerechnet. Wie in den einleitenden Bemerkungen begründet, erachtet der Stadtrat einen Vergleich mit China als nicht zielführend.

Die deutlich höhere Einsparung im Vergleich mit den Angaben in der Antwort auf Frage 2 (Zeitraum 2024–2030) ist massgeblich auf die CO<sub>2</sub>-Entnahme und -Speicherung (CCS) im Bereich der Entsorgung zurückzuführen. Bis 2034 werden die geschätzten Einsparungen von THG-Emissionen vorwiegend in den Bereichen Gebäude und Mobilität erzielt, wobei sie mit der Zeit teilweise sprunghaft zunehmen. Ab 2035 wird rund ein Drittel der gesamten jährlichen Reduktion der THG-Emissionen durch CCS realisiert. Das Massnahmenpaket führt sowohl zu einer erheblichen Reduktion der Emissionen im Bereich Entsorgung als auch zu Negativemissionen, die verbleibende Emissionen in anderen Bereichen ausgleichen können.

#### **Fragen 4.1–4.3**

**Gemäss der Stadtverwaltung kosten die Klimamassnahmen auf dem Stadtgebiet für die Erreichung von «netto null» 500 Millionen Franken pro Jahr und gesamt rund 12 Milliarden Franken.**

**Wie setzt sich dieser Betrag zusammen? Welchen Betrag fällt direkt zulasten der städtischen Ausgaben an und welcher Betrag müssen Private und die Wirtschaft tragen?**

**Welche Kosten fallen gesamt in den Bereichen Mobilität, Gebäude und Entsorgen an? Wir bitten um eine genaue Aufschlüsselung, getrennt nach städtischen Kosten und Kosten für Private (Privatpersonen und Wirtschaft).**

Die gesamten kumulierten Mehrinvestitionen zur Erreichung der Netto-Null-Zielsetzungen bis 2040 werden auf rund 520 Millionen Franken pro Jahr geschätzt und von der öffentlichen Hand, der Wirtschaft und von Privatpersonen gemeinsam getragen. Diese Summe umfasst die Gesamtinvestitionen abzüglich der Investitionen für die reine Instandhaltung. Eine differenzierte Allokation der Mehrinvestitionen auf die drei Kostenträger – öffentliche Hand, Wirtschaft und Privatpersonen – konnte aus Gründen der Systemkomplexität und der herrschenden Unsicherheiten nicht vorgenommen werden.

Die über die öffentliche Hand, Wirtschaft und Privatpersonen verteilten Klimaschutzinvestitionen von 520 Millionen Franken pro Jahr teilen sich auf in 48 Prozent energetische Sanierungen, 19 Prozent thermische Netze, 14 Prozent Heizungsersatz, 10 Prozent Photovoltaik und 9 Prozent Verkehr (STRB Nr. 381/2021).

Die Modellberechnungen stimmen zuversichtlich, dass die Einsparungen bei den Energiekosten bereits 2040 so hoch sein könnten, dass sie die Kosten für den Ausbau der Infrastruktur und die Sanierung der Gebäude aufwiegen. Zudem dürften Investitionen in eine nachhaltige und zukunftstaugliche Infrastruktur günstiger sein als die Schadenskosten, die bei einer drastischen Klimaerwärmung drohen.

Zusätzlich zu den oben aufgeführten Investitionen entstehen für die Stadt Zürich voraussichtlich 421,5 Millionen Franken Investitionen für CCS. Dazu kommen jährliche Kapital- und Betriebskosten für die CCS-Anlage Werdhölzli von 14,2 Millionen Franken ab 2028 und für die CCS-Anlage Hagenholz ungefähr 95 Millionen Franken ab 2035.



5/7

### Fragen 5.1 und 5.2

**Gemäss dem sogenannten Klimaschutzplan sollen die verbleibenden unvermeidbaren Emissionen durch negative Emissionen auf «Netto null» ausgeglichen werden.**

**Wie und in welchen Ländern soll diesbezüglich CO<sub>2</sub> der Atmosphäre entzogen und dauerhaft gespeichert werden? Wir bitten um eine Auflistung der geplanten Projekte.**

**Welchen Prozentsatz am gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoss dürften die verbleibenden unvermeidbaren Emissionen ausmachen? Wie weit wird die Stadt Zürich also 2040 von einem echten netto null entfernt bleiben?**

Die beiden Hauptprojekte zur CCS auf dem Areal der Abwasserreinigungsanlage (ARA) Werdhölzli und bei der Kehrrichtverwertungsanlage (KVA) Hagenholz scheiden das CO<sub>2</sub> auf Zürcher Stadtgebiet ab. Wo und wie das CO<sub>2</sub> dauerhaft gespeichert wird, ist noch nicht abschliessend entschieden. In den Abstimmungsunterlagen vom 24. September 2024 zum Projekt Werdhölzli steht dazu Folgendes: *«Die eine Hälfte des CO<sub>2</sub> soll in Recyclingbeton in der Schweiz dauerhaft gespeichert werden. Die andere Hälfte des CO<sub>2</sub> geht mit Lastwagen, Bahn und Schiff in eine speziell für diesen Zweck erschlossene Lagerstätte im Ausland. Voraussichtlich wird sich diese in der dänischen Nordsee befinden, wo das CO<sub>2</sub> 2000 m unter dem Meeresboden sicher und dauerhaft eingelagert werden kann. In Zukunft können wahrscheinlich weitere Lagerorte in Island, Norwegen und in Dänemark für die dauerhafte Speicherung von CO<sub>2</sub> genutzt werden.»*<sup>2</sup>

Gemäss heutigem Kenntnisstand ist anzunehmen, dass die verbleibenden THG-Emissionen auf dem Stadtgebiet 2040 rund 17 Prozent der Emissionen des Jahres 2022 entsprechen. Die Emissionen können gemäss Klimaschutzplan 2024 vollständig durch das CCS ausgeglichen werden. Ohne die Implementierung der CO<sub>2</sub>-Entnahme und -Speicherung im Bereich der Entsorgung würde auf dem Zürcher Stadtgebiet bis 2040 eine deutlich höhere Menge THG-Emissionen entstehen, da CCS nicht nur Negativemissionen ermöglicht, sondern auch eine erhebliche Reduktion der Emissionen im Bereich der Entsorgung bewirkt.

### Frage 6

**In einer Medienmitteilung von 2017 schrieb der Stadtrat: «Die aktuelle 2000-Watt-Bilanz der Stadt Zürich fällt durchmischt aus.»**

**Wie ist der aktuelle Stand bei der sogenannten 2000-Watt-Gesellschaft?**

Der Primärenergiebedarf in der Stadt Zürich geht seit Jahren kontinuierlich zurück. Im Jahr 2022 betrug der Primärenergiebedarf der Zürcherinnen und Zürcher rund 2860 Watt pro Person, was etwa 30 Prozent weniger ist als 2010. Zum Vergleich: Der Schweizer Durchschnitt lag 2021 bei etwa 3650 Watt pro Person. Der Rückgang in Zürich ist vor allem auf die Ökologisierung des Strommixes zurückzuführen, da Privatpersonen seit 2015 vom Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) ausschliesslich mit Ökostrom beliefert werden. Strom aus erneuerbaren Energiequellen hat einen deutlich tieferen Primärenergiefaktor als beispielsweise Strom aus

<sup>2</sup> [https://www.stadt-zuerich.ch/portal/de/index/politik\\_u\\_recht/abstimmungen\\_u\\_wahlen/archiv\\_abstimmungen/vergangene\\_termine/240922/abstimmungspublikation.html](https://www.stadt-zuerich.ch/portal/de/index/politik_u_recht/abstimmungen_u_wahlen/archiv_abstimmungen/vergangene_termine/240922/abstimmungspublikation.html)



6/7

Atomkraftwerken. Hinzu kommen Massnahmen im Gebäudebereich wie Wärmedämmung und der Ersatz von fossilen Heizungen.

Der Primärenergiebedarf setzte sich 2022 wie folgt zusammen: 43 Prozent Strom, 34 Prozent Wärme, 13 Prozent fossile Treibstoffe für den Landverkehr und 10 Prozent fossile Treibstoffe für den Flugverkehr. Um das Ziel von 2000 Watt pro Person bis 2040 zu erreichen, sind weitere Massnahmen notwendig, die einen effizienten und ressourcenschonenden Energieeinsatz ermöglichen.

Das seit 2008 neben dem 2000-Watt-Ziel in der Gemeindeordnung verankerte Klimaschutzziel von einer Tonne CO<sub>2</sub> pro Person pro Jahr wurde durch das aktuelle Klimaschutzziel ersetzt.

#### **Frage 7**

**In der gleichen Medienmitteilung schrieb 2017 der Stadtrat weiter: «Die Roadmap vom März 2017 zeigt aber auf, dass die 2000-Watt-Gesellschaft langfristig möglich ist, wenn wir und andere unsere Anstrengungen intensivieren. Grosses Potenzial für die kommenden Jahre sieht die Stadt Zürich bei der energetischen Sanierung von Gebäuden.»**

**Wegen dieser Klimapolitik fürchte der Mieterverband Massenkündigungen und massive Preiserhöhungen im Wohnungsmarkt. Der Tages-Anzeiger schreibt: «Auswirkungen auf Mieterinnen und Mieter» stellt die Studie fest, dass rund 80'000 private Mietwohnungen in der Stadt Zürich bis 2040 eine neue Heizanlage brauchen, wenn bis dann das Netto-null-Ziel erreicht sein soll. Bei rund der Hälfte dürfte es zu Leerkündigungen kommen, mit zum Teil starken Mietzinserhöhungen, wie es in der Studie heisst.»**

**Wie steht der Stadtrat heute zu dieser Studie? Mit wie vielen Leerstandskündigungen rechnet der Stadtrat, wenn rund 80'000 Wohnungen wegen der Klimapolitik saniert werden müssen?**

Bei der genannten Studie<sup>3</sup> handelt es sich um eine Präsentation des Forschungs- und Beratungsunternehmens Infrac aus 2021, die im Auftrag der Stadt Zürich erstellt wurde. Darin wird festgehalten, dass unabhängig vom Szenario unter Berücksichtigung einer ohnehin stattfindenden Entwicklung rund die Hälfte des gesamten Mietwohnungsbestands zwischen 2020 und 2040 von Modernisierungen oder (Ersatz-)Neubauten betroffen sein wird, mit entsprechenden Anpassungen an das Mietpreisniveau.

Wir weisen darauf hin, dass die in der Frage zitierte Aussage des Tages-Anzeigers *«Bei rund der Hälfte dürfte es zu Leerkündigungen kommen, mit zum Teil starken Mietzinserhöhungen, wie es in der Studie heisst.»* so nicht in der Studie von Infrac steht. Dort heisst es: *«Im privaten Mietwohnungsmarkt (rund 70 Prozent aller Mietwohnungen) sind die rechnerischen energiebedingten Mietzinsaufschläge allerdings wenig relevant, weil hier im Rahmen der Sanierungen in der Regel weitere Aufwertungen erfolgen und Fälle mit Leerkündigungen häufig sind (heute: in vier von zehn Sanierungen). Hier hat eine intensivierete städtische Klimaschutzpolitik gemäss SNN 2040 den stärksten Effekt, der mit geeigneten Gegenmassnahmen zu dämpfen ist.»*

<sup>3</sup> [https://www.infrac.ch/media/filer\\_public/b9/12/b912a919-19cf-471c-94da-c60f58345908/grundlagenbericht\\_netto-null\\_200915\\_final.pdf](https://www.infrac.ch/media/filer_public/b9/12/b912a919-19cf-471c-94da-c60f58345908/grundlagenbericht_netto-null_200915_final.pdf)



7/7

Wie der Stadtrat bereits früher erläutert hat, verfolgt er verschiedene Ansätze. Dazu gehören unter anderem eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Wohnbauträgerschaften und das Lobbying auf Bundes- und Kantonebene, insbesondere für Finanzierungsunterstützungen zur Modernisierung des Gebäudeparks. Ferner ist darauf hinzuweisen, dass Fördergelder der Stadt – z. B. für einen Heizungsersatz – sich auf eine moderate Mietzinsgestaltung auswirken, weil dadurch die Investitionskosten tiefer gehalten werden können und nur die wertvermehrenden Investitionskosten auf die Mietpreise überwältzt werden dürfen.

Um einen sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Umgang bei Ersatzneubauten und Sanierungen zu fördern, stellt die Stadt Zürich des Weiteren den Leitfaden «Erfolgsfaktoren sozial nachhaltiger Ersatzneubauten und Sanierungen» zur Verfügung. Er richtet sich mit seinen Empfehlungen an sämtliche Bauherrschaften sowie an Planungsbüros. Zudem wendet die Stadt Zürich als Teil der Umsetzung des kommunalen Richtplans seit 2020 das Sozialraum-Monitoring der Stadtentwicklung als Arbeitsinstrument an. Das Monitoring stellt Grundlagen über die Bevölkerungszusammensetzung und die künftige bauliche Entwicklung bereit. Zusätzlich wird bei allen Planungsverfahren (Umzonungen und Sondernutzungsplanungen) und Bauprojekten mit erhöhten gestalterischen Anforderungen gemäss § 71 und § 284 Planungs- und Baugesetz (PGB, LS 700.1) so früh wie möglich und standardmässig ein «Mitbericht zur sozialverträglichen räumlichen Entwicklung» durch die Stadtentwicklung verfasst. Der Mitbericht basiert auf den städtischen Leitfäden für eine sozialverträgliche Innenentwicklung.

Bei Planungsverfahren ist die Stadtentwicklung in der Regel zusätzlich involviert und der Mitbericht dient hier als wichtige Grundlage. Bei den Bauprojekten berücksichtigt der Mitbericht die jeweiligen Projektgrundlagen. Die Erkenntnisse aus dem Mitbericht fliessen in die entsprechenden Planungs- und Wettbewerbsverfahren des Hochbaudepartements sowie in die Beratungen im Baukollegium ein. Die Stadt Zürich schöpft dabei ihren Handlungsspielraum bestmöglich aus. Bei Bauprojekten privater Bauträger und Bauträgerinnen kann sie aufgrund ihrer begrenzten Möglichkeiten nur beratend einwirken und sensibilisieren.

Ein aktuelles Beispiel der Stadt Zürich selbst ist die Sanierung der Wohnsiedlung Heiligfeld I in Zürich Wiedikon. Die Wohnsiedlung aus 1948 ist in schlechtem Zustand: Die Fassaden sind ungedämmt, die Küchen und Bäder sind veraltet, und geheizt wird mit Einzelöfen. Deshalb werden die Häuser umfassend saniert – aber nicht, ohne sich um die Mietenden zu kümmern. Die Mietenden können entweder in eine andere städtische Liegenschaft umziehen oder, wenn sie im Heiligfeld bleiben wollen, innerhalb der Siedlung umziehen. Dabei müssen die Mietbestimmungen (z. B. Wohnungsbelegung) eingehalten sein. Besonders ältere Bewohnende schätzen die Angebote. Sie müssen trotz Sanierung keine neue Wohnung suchen und können den Bauarbeiten ausweichen. Ein Viertel der älteren Mietenden macht davon Gebrauch und zieht in eine Stadtwohnung in einem anderen Quartier.

Im Namen des Stadtrats  
Der Stadtschreiber  
Thomas Bolleter